

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton St.Gallen von Fachkräften aus dem EU-Raum**

Die demografische Entwicklung, der steigende Pflegebedarf sowie die zunehmende Spezialisierung im Gesundheitswesen führen seit Jahren zu einem hohen Fachkräftemangel in der Schweiz. Auch der Kanton St.Gallen betreibt Spitäler, Alters- und Pflegeheime sowie Institutionen für Menschen mit Behinderungen, die auf qualifiziertes Personal angewiesen sind.

Es ist bekannt, dass viele dieser Einrichtungen stark auf die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland – insbesondere aus Staaten der EU – angewiesen sind. Die Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge ermöglicht diese Rekrutierung effizient und rechtsicher.

Eine fundierte Bestandsaufnahme im Kanton St.Gallen kann wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Personalplanung und die politische Diskussion zur Fortsetzung des bilateralen Wegs liefern.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Mitarbeitende aus dem EU-Raum (fest oder temporär angestellt) sind aktuell in den folgenden kantonalen Institutionen tätig:
 - a) Spitäler;
 - b) Alters- und Pflegeheime;
 - c) Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen?
2. Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitender aus dem EU-Raum in diesen Institutionen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wurde oder wird aktiv Personal im EU-Raum rekrutiert (sei es über Inerate/Jobbörsen im EU-Raum oder aktive Rekrutierungsmassnahmen)? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?
4. Wie schätzt die Regierung die Abhängigkeit der erwähnten kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum ein?
5. Welche Risiken bestehen aus Sicht der Regierung bei einer möglichen Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder bei administrativen Hürden in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum im genannten Bereich und für den Kanton St.Gallen insgesamt?»